

DAS 9-PUNKTE-PROGRAMM

Der von Wien angekündigte Vermittler traf in der Person von Prinz Karl am 6. Dezember in Liechtenstein ein. Am 7. Dezember wurde Martin Ritter laut der «Oberrheinischen Nachrichten» von der Mehrheit der Landtagsabgeordneten «geopfert». Die «Oberrheinischen Nachrichten» verlangten dafür als Gegenopfer, dass die beiden fürstlichen Oberländer Abgeordneten Schädler und Büchel von der politischen Bildfläche verschwinden müssten. Diese seien im Oberland jedenfalls noch weniger beliebt als Ritter im Unterland.¹⁰⁰ Am 10. Dezember wurde das Ergebnis der Verhandlungen in einem 9-Punkte-Programm festgehalten. Darin waren wesentliche Zugeständnisse bezüglich der Ausweitung der Volksrechte enthalten und somit der Boden für weitere Verhandlungen geebnet.

Das 9-Punkte-Programm enthielt folgende Forderungen:¹⁰¹

1. Die Regierung besteht aus dem vom Landesfürsten im Einvernehmen mit dem Landtag ernannten Landesverweser und zwei vom Landtag zu wählenden Regierungsräten.
2. Die Regierungsräte sind zu allen wichtigen Geschäften beizuziehen, mindestens aber alle 14 Tage zu einer Sitzung einzuladen.
3. Der Landtag hat gegenüber einem Regierungsmitglied das Recht des Misstrauensantrags an den Landesfürsten.
4. Beamte sollen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft besitzen. Der Landesverweser soll in erster Linie ein Liechtensteiner sein.
5. Der Landtagswahlmodus soll beibehalten werden. Die drei vom Fürsten zu ernennenden Abgeordneten sollen durch kollegialen Regierungsbeschluss dem Landesfürsten in Vorschlag gebracht werden.
6. Die Landtagssitzungen sollen nach Bedarf, mindestens aber im Frühjahr und im Herbst, einberufen werden.
7. Sämtliche politischen und gerichtlichen Instanzen, mit Ausnahme des Obersten Gerichtshofes, sind in das Land zu verlegen.
8. Die grundsätzlichen Bestimmungen des freien Vereins- und Versammlungsrechts sind in die Verfassung aufzunehmen.
9. Das Wahlfähigkeits- und Grossjährigkeitsalter soll auf 21 Jahre herabgesetzt werden.

Der Landesfürst erteilte am 13. Dezember diesen Landtagsbeschlüssen seine Zustimmung. Er bestellte auf Wunsch des Landtags Prinz Karl bis auf weiteres zum Landesverweser und ordnete an, der Landtag solle die Wahl der beiden anderen Regierungsmitglieder vornehmen. Als Regierungsräte wurden am 17. Dezember Josef Marxer, Eschen, und Wilhelm Beck, Triesenberg (dieser erst im fünften Wahlgang), gewählt. Prinz Karl wurde am 22. Dezember vom zurückgetretenen Landesverweser von Imhof vereidigt.

92) LVolksblatt 49/1918, 6. Dezember 1918.

93) ON 49/1918, 30. November 1918. Ein Aufruf fordert das Volk auf zu zeigen, dass es eine Regierungs- und Verfassungsänderung wolle: «Wähler, erscheint in Massen, behaltet aber Ruhe.»

94) LVolksblatt 49/1918, 6. Dezember 1918.

95) ON 50/1918, 7. Dezember 1918.

96) ON 51/1918, 14. Dezember 1918.

97) LVolksblatt 49/1918, 6. Dezember 1918.

98) Ebenda.

99) Ebenda.

100) ON 51/1918, 14. Dezember 1918. Laut «Volksblatt» vom 17. Dezember 1918, Nr. 51, hatte Kanonikus Büchel seine Abwesenheit von der Landtagssitzung damit begründet, dass er am Abend vor der Sitzung gewarnt worden war, «dass gegen ihn persönliche Insulte zu erwarten seien». Albert Schädler demissionierte am 30. März 1919; Johann Baptist Büchel wurde auf sein Ansuchen hin am 8. März 1920 vom Fürsten von seiner Funktion als fürstlicher Abgeordneter enthoben.

101) LLA SF Präsidialakten 1.8/1918/44, 10. Dezember 1918, Landtagspräsident Albert Schädler an Prinz Karl.